

Erinnerungskultur stärken – rassistische Strukturen aufbrechen!

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 22. November 2022

anlässlich des 30. Jahrestages des Brandanschlages in Mölln

Am 23. November 2022 jährt sich der rassistische Brandanschlag von Mölln zum 30. Mal. Die beiden Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre Großmutter Bahide Arslan wurden durch Brandstiftung von Rechtsextremisten ermordet. Bei den Anschlägen auf zwei Wohnhäuser wurden zahlreiche Menschen mit internationaler Familiengeschichte teils schwerverletzt.

Die Überlebenden setzen sich seit drei Jahrzehnten für die Erinnerung an den Anschlag und ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben ein. Sie setzen dabei auf Aufklärung, Vernetzung und Empowerment. Von der Kommune Mölln wurden sie in ihrem Kampf für das Andenken und gegen Rassismus nicht ernst genommen und behindert. Die Stadt ging gar so weit, postalische Solidaritätsbekundungen zurückzuhalten. Briefe aus dem ganzen Bundesgebiet und aus vielen anderen Ländern wurden erst 27 Jahre später zufällig im Stadtarchiv entdeckt. Die Verletzung von Bürgerrechten und des Postgeheimnisses offenbart die Missachtung der Opfer deutlich.

Angesichts der Ignoranz der Justiz und der Sicherheitsbehörden gegenüber rechtsextremen Netzwerken und Weltbildern – auch in den eigenen Reihen – bleibt die lebendige Erinnerungskultur aus der Perspektive der von Rassismus Betroffenen ein wichtiges Mittel, um Hetze und Gewalt etwas entgegenzusetzen. „Eine Gesellschaft, die sich durch Offenheit, Respekt und Vielfalt auszeichnet, muss mit den Akteur/innen mit internationaler Familiengeschichte auf Augenhöhe zusammenarbeiten – und verkrustete rassistische Strukturen gezielt auflösen,“ betont Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW.

Die Wechselwirkungen von Signalen aus der Politik, der Rechtsprechung und den Medien mit Ausgrenzung und Diskriminierung in gesellschaftlichen Institutionen wie kommunalen Behörden oder Schulen müssen bei der Bekämpfung von Rassismus berücksichtigt werden. „Eine Kultur der kritischen Selbstreflexion, die konsequente Aufklärung der Verbrechen und das Aufdecken extremistischer Netzwerke sind unerlässlich, wenn man Morde und andere Gewalttaten an Menschen mit internationaler Familiengeschichte künftig verhindern will,“ mahnt Keltek.